

Klaus-Berto v. Doehming
Rudolf Werner Füsslein
Werner Matz

Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes
– Art. 4 GG –

Jahrbuch des öffentlichen Rechts (JöR) NF 1 (1951) S. 73ff.

Artikel 4

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
 (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
 (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.
 Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

(Früher Art. 6, 8, 7, 5)

Die RV enthielt in einem besonderen dritten Abschnitt (Art. 135-141) der Grundrechte eine eingehende Regelung über „Religion und Religionsgesellschaften“. Während die Art. 136-139 und 141 RV durch Art. 140 GG zum Bestandteil des Grundgesetzes erklärt wurden, entsprechen die Abs. 1 und 2 des Art. 4 ihrem wesentlichen Inhalt nach dem Art. 135 RV. Dagegen ist Abs. 3 neu im deutschen Verfassungsrecht. Der Ch.E. hatte folgende Fassung vorgeschlagen¹:

- (1) Glaube, Gewissen und Überzeugung sind frei.
 (2) Der Staat gewährleistet die ungestörte Religionsausübung.

, /¹ Demgegenüber wurde durch einen Unterausschuß (Redaktionskomitee) des *Grundsatz-ausschusses* zu dessen fünfter Sitzung (29. 9. 48) eine wesentlich umfangreichere Fassung als Art. 8 vorgeschlagen²:

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der Überzeugung ist unverletzlich.
 (2) Die ungestörte Religionsausübung wird im Rahmen der allgemeinen Gesetze gewährleistet.
 (3) Niemand darf gezwungen werden, an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder religiösen Übungen teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.
 (4) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft darf nur gefragt werden, wenn davon Rechte und Pflichten abhängen oder wenn eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung es erfordert.

Abg. Frau Dr. *Weber* (CDU) und Abg. Dr. v. *Mangoldt* (CDU)³ wiesen auf diejenigen Bestimmungen der RV hin, an die sich die Vorlage des Redaktionskomitees anlehnt. In Abs. 1 wolle man „auch moralische Grundsätze und Überzeugungen einbeziehen“, denn die „Beschränkung auf Glaube und Gewissen“ hätte nicht genügt. Abg. *Paul* (KPD)⁴ beantragte, an Stelle der negativen Formulierung hinsichtlich der Eidesform eine positive Fassung zu wählen, wonach der Richter gehalten sein müsse, vorher zu fragen, welche Eidesform gewünscht werde. Abg. Dr. *Schmid* (SPD)⁵ erwiderte, daß insoweit eine Dienstanweisung an den Richter genüge, eine besondere Hervorhebung bei den Grundrechten sei überflüssig. Der vorgeschlagenen Fassung wurde zugestimmt⁶.

In seiner „Kritischen Würdigung“ betonte Prof. *Thoma*⁷ zu Abs. 1, daß es sich nicht darum handle, die Freiheit des Glaubens und der Überzeugung zu schützen - wer sollte die antasten können - als vielmehr um die Freiheit des offenen Bekenntnisses aller Überzeugungen; deshalb sei folgende Fassung des Abs. 1 angebracht:

Es besteht unbeschränkte Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses.

Der Allg. *Redaktionsausschuß* formulierte in seiner Fassung vom 16.11.48⁸ zu Art. 7:

¹ Als Art. 6.

² Kurzprot., Drs. 155, S. 4.

³ Stenoprot. S. 42 ff.

⁴ Ebenda S. 44.

⁵ Ebenda S. 44.

⁶ Ebenda S. 45; Fassung v. 7. 10. 48 (Drs. 143), Art. 7.

⁷ Drs. 244, S. 6.

⁸ Drs. 282.

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses ist unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Die allgemeinen Gesetze bleiben unberührt.

(3) Niemand darf gezwungen werden, an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder einer religiösen Übung teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.

(4) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Angaben über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft dürfen nur verlangt werden, wenn davon Rechte und Pflichten abhängen oder wenn eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung es erfordert.

In der 24. Sitzung des Grundsatzausschusses vom 23.11.48⁹ wurde die Fassung aus der fünften Sitzung unter Heranziehung der entsprechenden Bestimmung des UNO-Kommissionsentwurfes der Menschenrechte¹⁰, der „Kritischen Würdigung“ von Prof. Thoma¹¹ sowie der Vorschläge des Allg. Redaktionsausschusses¹² in allen ihren Teilen eingehend behandelt. Zu Abs. 1 kam es zu längerer Diskussion über die äußere und innere Religions- und Gewissensfreiheit¹³. Die Forderung einer klaren Trennung dieser beiden Seiten des Grundrechts kam z. B. in folgenden Worten des Abg. Dr. Süsterhenn (CDU)¹⁴ zum Ausdruck: „Wir gehen zunächst davon aus, daß die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich ist. Hier sind innere Tatbestände gegeben, innere Entscheidungen. Dazu kommt nun noch das Bekenntnis des religiösen und weltanschaulichen Glaubens. Schließlich kommt die Religionsausübung dazu. Sie ist mehr als bloßes Bekenntnis, sondern drückt sich in Kulthandlungen, Liturgie usw. aus und wirkt auf diese Weise in den öffentlichen Raum hinein.“ Allgemein wurde betont, daß auch die innere Seite der Gewissensfreiheit im Wortlaut zu berücksichtigen sei. Nach verschiedensten Vorschlägen einigte man sich auf folgende Formulierung des Abg. Dr. v. Mangoldt (CDU)¹⁵

Die Freiheit des Glaubens und des Gewissens wie die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

Zu Abs. 2 ergab sich eine längere Diskussion über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion¹⁶, welcher Streichung der beschränkenden Worte „im Rahmen der allgemeinen Gesetze“ forderte. Dazu führte Abg. Dr. Süsterhenn (CDU)¹⁷ aus: „Mit Hilfe dieses Gesetzesvorbehaltes im Rahmen der allgemeinen Gesetze wäre es möglich, durch einfaches Gesetz das Recht auf ungestörte Religionsausübung zu beseitigen. Wir legen aber Wert darauf, die ungestörte Religionsausübung in der Verfassung ausdrücklich festzulegen, und zwar so, daß dieses Recht nicht durch einen allgemeinen Gesetzesvorbehalt aufgeweicht werden kann. Man könnte nun einwenden, ja, auch die Religionsausübung muß sich in den Rahmen der allgemeinen öffentlichen Ordnung einfügen. Diesen Gedanken bejahen wir auch. Aber die neue Formulierung des Art. 2 besagt, daß das Grundrecht der persön-

⁹ Stenoprot. S. 1-21, 22 ff.

¹⁰ Drs. 144; Art. 16: „Jede Person hat Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, die Religion oder den Glauben zu wechseln, wie auch die Freiheit, seine Religion oder seinen Glauben allein oder gemeinsam, sowohl öffentlich wie privat, durch Unterricht, Übungen, Kultus und Befolgung von Riten zum Ausdruck zu bringen.“

(Drs. 144 beruhte auf einer Veröffentlichung des Entwurfs der Kommission für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen in der „Neuen Zeitung“ v. 7. 10. 48.)

¹¹ Vergl. Anm. 7.

¹² Vergl. Anm. 8.

¹³ 24. Sitzg., Stenoprot. S. 1 ff.

¹⁴ Ebenda S. 4-5.

¹⁵ Kurzprot., Drs. 308, S. 1.

¹⁶ Stenoprot. S. 6 ff., Kurzprot., Drs. 308, S. 2.

¹⁷ Stenoprot. S. 9-10.

lichen Freiheit nur gilt, soweit es nicht Rechte anderer verletzt, soweit es nicht die verfassungsmäßige Ordnung des Gemeinwesens oder das Sittengesetz beeinträchtigt. Damit sind schon die Schranken gegen einen Mißbrauch einer Berufung auf ungestörte Religionsausübung gegeben." Abg. Dr. v. Mangoldt (CDU)¹⁸ hatte Bedenken gegen die Streichung des Gesetzesvorbehalts in Abs. 2, da dann die Auslegung möglich würde, daß jedes Gesetz, das die Religionsausübung irgendwie einschränkt, insoweit verfassungswidrig wäre.

Abg. Dr. Süsterhenn (CDU)¹⁹ sah eine Beschränkung der Religionsausübung (z. B. Prozessionen) durch seuchen- und baupolizeiliche Vorschriften auch bei Streichung des Gesetzesvorbehalts als möglich an, weil die Freiheit der Religionsausübung, also etwa die Durchführung einer Prozession, nach Art. 2 (Endfassung) nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung möglich sei. Im Gegensatz dazu hielt Abg. Dr. v. Mangoldt (CDU)²⁰ die Freiheit der Religionsausübung nach Art. 4 für lex specialis gegenüber der lex generalis des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Daher gelten nach seiner Auffassung für Art. 4 die allgemeinen Bestimmungen des Art. 2 nicht. Die Mehrheit des Grundsatzausschusses sprach sich für die Streichung des Gesetzesvorbehalts in Abs. 2 aus²¹.

In Abs. 4 wurde auf Anregung des Abg. Dr. v. Mangoldt (CDU) das Wort „nur“ im zweiten Satz gestrichen, nachdem Abg. Dr. Süsterhenn (CDU) die bisherige Fassung als widerspruchsvoll bezeichnet hatte". Anschließend wurden in diesem Zusammenhang eine Eingabe der „Konferenz der Kirchen der brit. Zone“²² sowie eine Eingabe des „Rates der evangelischen Kirche in Deutschland“²³ behandelt²⁴. Abg. Dr. Süsterhenn (CDU)²⁵ stellte die Frage, ob man das Staatskirchenrecht, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, schon an dieser Stelle regeln solle, oder ob man sich auf das subjektive Recht der freien Religionsausübung, auf die gemeinschaftliche Religionsausübung und auf die Freiheit der religiösen Koalition beschränken solle. Man möge sich darauf einigen, „Hauptgesichtspunkte in komprimierter Form als Leitsätze“ hineinzuarbeiten. Abg. Dr. Bergsträßer (SPD)²⁷ betonte, daß man in den Grundrechtsteil nur die subjektiven Rechte mit ihren Konsequenzen erfassen solle. Alles was zur „Gesellschaftsordnung“ gehöre, möge man weglassen. Überdies könnten „einige allgemeine Sätze“ gegebenenfalls nicht ausreichen. Abg. Dr. Eberhard (SPD)²⁸ meinte, es handle sich um „eine Angelegenheit der Länder“; Gleiches machte Abg. Dr. Heuß (FDP)²⁹ geltend: Die Dinge lägen anders als zur Zeit der Schaffung der RV: die damaligen Sorgen seien unbegründet, da die Materie in den Landesverfassungen geregelt sei. Vorsitzender Dr. v. Mangoldt (CDU)³⁰ machte darauf aufmerksam, daß die Eingaben der Kirchen Gesichtspunkte zur Sicherung der Menschen- und Freiheitsrechte enthielten, die in den Artikel eingefügt werden könnten, so das Recht der Religionsgemeinschaften, ihre Angelegenheiten selbständig und aus eigenem Recht zu ordnen und zu verwalten. Abg. Dr. Bergsträßer (SPD)³¹ erhob Widerspruch gegen eine Regelung dieser Dinge, weil diese „komplizierte Materie auf Bundesbasis“ nicht geregelt werden könne. Es würde dann die Verschiedenartigkeit der vorhandenen Länderbestimmungen, z. B. der hessischen Verfassung von 1946 und des Bayer. Konkordats hinfällig machen. Der Ausschuß beschloß, die Diskussion über diesen Fragenkomplex zurückzustel-

¹⁸ Stenoprot. S. 10 ff.

¹⁹ Stenoprot. S. 19.

²⁰ Stenoprot. S. 12.

²¹ Stenoprot. S. 19.

²² Kurzprot. S. 2.

²³ Eingabe v. 25. 10. 48.

²⁴ Eingabe v. 9. 11. 48, Drs. 275.

²⁵ Vergl. zu diesem Fragenkomplex auch die Entstehungsgeschichte der Art. 6, 7, 123 Abs. 2 und

²⁶ Stenoprot. S. 22 ff., 26 ff.

²⁷ Stenoprot. S. 22 ff., 26 ff.

²⁸ Ebenda S. 22.

²⁹ Ebenda S. 22 ff.

³⁰ Ebenda S. 27.

³¹ Ebenda S. 28.

len³². Dagegen erhoben sich gegen den weiteren Vorschlag des Abg. Dr. v. *Mangoldt* (CDU), die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften hier zu regeln, keine Einwendungen. Auf Anregung des Abg. Dr. *Bergsträßer* (SPD)³³ wählte man schließlich eine Formulierung, die sich an die entsprechende Bestimmung der hessischen Verfassung³⁴ anlehnt und als Satz 2 in Abs. 1 eingefügt wurde. So ergab sich für Art. 7 folgende Fassung³⁵:

(1) Die Freiheit des Glaubens und des Gewissens wie die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Das Recht der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wird anerkannt.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gehindert oder gezwungen werden, an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder an religiösen Übungen teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.

(4) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft darf gefragt werden, wenn davon Rechte und Pflichten abhängen oder wenn eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung es erfordert.

In der 26. Sitzung des Grundsatzausschusses vom 30.11.48 machte Abg. Dr. v. *Mangoldt*³⁶ darauf aufmerksam, daß von kirchlicher Seite der Wunsch geäußert worden sei, in Abs. 2 zu formulieren: „Die ungestörte *öffentliche und private* Religionsausübung wird gewährleistet.“ Jedoch wurde eine entsprechende Änderung nicht für erforderlich gehalten³⁷, und es war unbestritten, daß die ungestörte Religionsausübung sich sowohl auf die öffentliche als auch auf die private Religionsausübung beziehe³⁸.

Ferner beantragte Abg. Frau *Nadig* (SPD)³⁹ die Behandlung eines Antrags der SPD-Fraktion auf Aufnahme folgender Bestimmung über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen:

Jedermann ist berechtigt, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern.

Die Diskussion bewegte sich um die Frage, in welchen Artikel des Grundgesetzes eine solche Bestimmung eingeordnet werden könnte. Der Grundsatzausschuß entschloß sich schließlich, folgende Formulierung des Vorsitzenden Dr. v. *Mangoldt* (CDU) - unter der Bezeichnung: Antrag der SPD-Fraktion - als Abs. 5 dem Artikel 4 anzufügen⁴⁰:

(5) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere bestimmt ein Gesetz,

In der *ersten Lesung des Hauptausschusses* (17. Sitzung v. 3.12.48)⁴¹ wurde die Fassung des Grundsatzausschusses einschließlich des von der SPD-Fraktion beantragten Abs. 5 angenommen. Abg. *Renner* (KPD)⁴² wies zu Abs. 4 Satz 2 auf den Abs. 3 des Gleichheitsartikels hin; es sei ihm unklar, was für Rechte sich von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft herleiten könnten. Dafür gab Abg. Dr. *Laforet* (CDU)⁴³ als Beispiel den Fall, wenn ein Stifter den Erwerb einer Stiftung an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bekenntnis geknüpft hat.

³² Kurzprot., Drs. 308, S. 3. ³³ Stenoprot. S. 30.

³⁴ Art. 48 Abs. 1: „Ungestörte und öffentliche Religionsausübung und die Freiheit der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften werden gewährleistet.“

³⁵ Kurzprot., Drs. 308, S. 3. ³⁶ Stenoprot. S. 79-86. ³⁷ Ebenda S. 86.

³⁸ Ebenda S. 83.

³⁹ Ebenda S. 80.

⁴⁰ Ebenda S. 82.

⁴¹ HA-Steno S. 209/210.

⁴² Ebenda S. 209.

⁴³ Ebenda S. 209.

Im Anschluß daran schlug der *Allg. Redaktionsausschuß* in seiner Fassung v. 13.12.48⁴⁴ folgende Änderungen vor. Für Abs. 1 wurde erneut eine Fassung empfohlen, welche der Allg. Redaktionsausschuß schon früher⁴⁵ vorgeschlagen hatte. Ferner sollte in Abs. 4 das Wort „statistische“ gestrichen und in Abs. 5 „Gesetz“ durch „Bundesgesetz“ ersetzt werden.

Die 32. Sitzung des *Grundsatzausschusses* vom 11.1.49⁴⁶ brachte nur einen Änderungsvorschlag, nach dem in Abs. 4 statt „Religionsgemeinschaft“ „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft“ gesagt werden sollte. Abg. Dr. *Süsterhenn* (CDU)⁴⁷ hatte dies empfohlen, weil es Abs. 1 entspreche und weil sonst der Eindruck entstehen könne, daß nach der Zugehörigkeit zu einer Weltanschauungsgemeinschaft unbeschränkt gefragt werden dürfe.

In der zweiten Lesung des *Hauptausschusses* (43. Sitzung v. 18.1.49)⁴⁸ wurden die Abs. 1-4 ohne Erörterungen angenommen. Für Abs. 5 beantragte Abg. Dr. *Heuß* (FDP)⁴⁹ Streichung und gab dafür u. a. folgende Begründung unter ausdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er von „militärischen“ oder „antipazifistischen“ Gesichtspunkten ausgehe: „Ich glaube, für meine Meinung, daß dieser Absatz gestrichen werden muß, spricht so etwas wie ein historisches Stilgefühl. Wir sind nämlich jetzt dabei, ein Werk der Demokratie zu schaffen. Die allgemeine Wehrpflicht ist das legitime Kind der Demokratie, seine Wiege stand in Frankreich. Mir scheint es unmöglich zu sein, daß wir in diesem Augenblick, in welchem wir eine neue Fundamentierung des Staates vornehmen wollen – auch wenn ich mir durchaus darüber klar bin, daß wir kein Militär mehr im alten Sinne bekommen werden; ich will das auch nicht –, daß wir in dieser Situation nun mit einer solchen Deklaration kommen. Sie ist dann eine berechtigte Angelegenheit, wenn man sich entschließt, das in irgendeinem Gesetz zu machen, wie es für die Quäker, die Mennoniten usw. in der angelsächsischen Welt vorliegt. Aber wenn wir jetzt hier einfach das Gewissen einsetzen, werden wir im Ernstfall einen Massenverschleiß des Gewissens verfassungsmäßig festlegen. Denn mit diesem Wort allein ist das Problem nicht gedeckt. Was mir in der jetzigen Situation noch besonders ungeschickt erscheint, ist, daß der Kriegsdienst mit der Waffe von dem anderen abgetrennt wird. Mir scheint, wenn jemand mit einer Knarre irgendwo zur Bewachung von irgendeinem Gegenstand steht oder zu Verteidigungszwecken herangeholt wird, ist das lange nicht so militärisch, als wenn jemand mit hohem Akkordlohn eine Bombe nach der anderen fabriziert, also keine Waffe trägt, aber kriegspolitisch viel schlimmere Dinge tut. Ich bin also der Meinung, daß wir diesen Satz aus der Verfassung herausnehmen sollten, daß aber der künftige Gesetzgeber in dem Sinne, wie das in England und in Amerika möglich ist, ein solches Gesetz macht, wie es früher auch bei uns für die Mennoniten gegolten hat.“ Dagegen machte Abg. Dr. *Schmid* (SPD)⁵⁰ geltend, daß es sich hier nicht darum handle, im Kriegsfall jemandem ein Recht zu geben, sich vor dem Totgeschossenwerden zu bewahren, im modernen Krieg seien überhaupt Gefahren auf Kombattanten und Nichtkombattanten gleichmäßig verteilt. Es handle sich vielmehr darum, „daß jemand, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, auch im Falle eines Krieges einen anderen zu töten, die Möglichkeit haben soll, zu sagen: ‚Ich will in dieser Not meines Vaterlandes meinen Dienst auf andere Weise tun können als auf diese Weise.‘ Dafür sollten wir die rechtliche Möglichkeit schaffen.“ Abg.

⁴⁴ Drs. 370.

⁴⁵ Vergl. bei Anm. 8.

⁴⁶ Stenoprot. S. 38/39; Abänderungsvorschläge Drs. 493, Art. 5.

⁴⁷ Ebenda S. 38.

⁴⁸ HA-Steno S. 545 f.

⁴⁹ Ebenda S. 545.

⁵⁰ HA-Steno S. 546.

Dr. Eberhard (SPD)⁵¹ wies auf die mögliche erzieherische Wirkung des Absatzes hin: während bisher der unheilvolle Satz „Befehl ist Befehl“ gegolten habe, sei es nunmehr in die Gewissensentscheidung des einzelnen gelegt, ob er einen Befehl für sich gelten lassen wolle.

Der Streichungsantrag des Abg. Dr. Heuß (FDP) wurde mit 15 gegen 2 Stimmen abgelehnt⁵². In Satz 2 wurde auf Antrag des Abg. Dr. Seeböhm (DP) das Wort „Gesetz“ durch „Bundesgesetz“ ersetzt.

Im Anschluß an die zweite Lesung im Hauptausschuß schlug der Allg. Redaktionsausschuß⁵³ in seiner Fassung vom 25.1.49 nur geringfügige sprachliche Verbesserungen, außerdem die Streichung des Wortes „statistische“ vor „Erhebung“ in Abs. 4 Satz 2 vor.

In dritter Lesung des Hauptausschusses (47. Sitzung v. 8.2.49)⁵⁴ lag ein Vorschlag des Fünferausschusses⁵⁵ vor, der für Abs. 1 folgende Fassung vorsah:

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Das Recht der Vereinigung zu religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften wird anerkannt.

In Abs. 2 und 3 folgte der Fünferausschuß der Fassung des Hauptausschusses und für Abs. 4 und 5 berücksichtigte er die Änderungen des Allg. Redaktionsausschusses. Abg. Dr. Süsterhenn (CDU) beantragte die Wiederherstellung des Ausdrucks „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ in Satz 2 des Abs. 1, da er einen terminus technicus der staatskirchenrechtlichen Praxis darstelle, „während der Begriff »religiöse Gemeinschaft« auch irgendwelche sonst nicht faßbaren freien Gebilde umfassen würde“. Mit der Annahme dieses Antrages⁵⁶ ergab sich folgender Wortlaut für Art. 5 (Endf. 4)⁵⁷:

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Das Recht der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wird anerkannt.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gehindert oder gezwungen werden, an einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder an religiösen Übungen teilzunehmen oder eine religiöse Eidesformel zu benutzen.

(4) Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Nach der Zugehörigkeit zu einer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft darf nur gefragt werden, wenn davon Rechte und Pflichten abhängen oder wenn eine gesetzlich angeordnete Erhebung es erfordert.

(5) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Zur vierten Lesung des Hauptausschusses (57. Sitzung v. 5.5.49)⁵⁸ lag eine Fassung des Allg. Redaktionsausschusses⁵⁹ vor, in welcher unter Streichung des Satzes 2 von Abs. 1 und der Abs. 3 und 4 eine Kürzung auf 3 Absätze - der Endfassung entsprechend - vorgenommen worden war. Sie wurde auf Antrag der Abg. Zinn (SPD), Dr. Dehler (FDP) und Dr. v. Mangoldt (CDU)⁶⁰ angenommen. Die Streichungen waren dadurch bedingt und ermöglicht worden, daß Art. 140 (damals Art. 148/1) nunmehr auch Art. 136

⁶¹ Ebenda S. 546.

⁵³ Fassung v. 25. 1. 49, Drs. 543.

⁵⁵ Fassung v. 5. 2. 49, Drs. 591.

⁵⁷ Fassung v. 10. 2. 49; Drs. 604/679.

⁵⁹ Fassung v. 2. 5. 49, Drs. 751.

⁵² Ebenda.

⁵⁴ HA-Steno S. 613/614.

⁵⁶ Antrag Drs. 590 v. 8. 2. 49.

⁵⁸ 57. Sitzg., HA-Steno S. 745/746.

⁶⁰ HA-Steno S. 746.

RV zum „Bestandteil dieses GG“ erklärte⁶¹. Gegen die Herausnahme des Rechts der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften aus den Grundrechten protestierte Abg. *Renner* (KPD)⁶², sein Antrag auf Beibehaltung des Abs. 1 Satz 2 wurde jedoch abgelehnt. An Stelle des Absatzes über Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen beantragte Abg. *Renner* (KPD) den Satz „Der Krieg ist geächtet“ einzufügen. Dies wurde abgelehnt.

In der *zweiten Lesung im Plenum* (9. Sitzung v. 6.5.49)⁶³ wurde ein Antrag der Abgeordneten Dr. *Lehr* (CDU), *Schröter* (CDU), Dr. *de Cbapeaurouge* (CDU) und Dr. *Schwalber* (CSU) auf Streichung des Abs. 3 (Kriegsdienstverweigerung) abgelehnt.

⁶¹ Vergl. Entst.Gesch. zu Art. 140. Abs. 1 Satz 2 findet in Art. 137 Abs. 2 und 7 RV sein Gegenstück, Abs. 3 in Art. 136 Abs. 4 RV, Abs. 4 in Art. 136 Abs. 3 RV.

⁶² HA-Steno S. 746. ⁶³ Stenober, S. 176.

